

Nur noch ein Restposten? – 60 Jahre DGB

Hans-Otto Hemmer

Die Dachverbände der Freien Gewerkschaften haben während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik eine bedeutende Rolle gespielt – politisch wie organisatorisch. Die „Generalkommission der Freien Gewerkschaften Deutschlands“ mit ihrem Vorsitzenden Carl Legien und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund unter Theodor Leipart waren zweifellos die Flaggschiffe einer ansonsten eher zersplitterten, oft uneinigen und politisch heterogenen Flotte. Ihre Beiträge zur inneren Stabilisierung der Gewerkschaftsbewegung und ihr Anteil etwa an der staatlichen Sozialpolitik sind bleibende Verdienste und Fundamente für die Zeit nach 1945 gleichermaßen.

Der im Oktober 1949 in München gegründete Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) steht in dieser Tradition, auch wenn seine Geschichte im Wesentlichen die Geschichte der in ihm vereinten Gewerkschaften ist. Steht ihm ein Eigenanteil an dieser Geschichte zu?¹

1 Der Aufsatz stützt sich vor allem auf: Theo Pirker: Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, 2 Bde., München 1960/Berlin 1979; Ulrich Borsdorf (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987; Klaus Schönhoven: Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt/Main 1987; Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung von den Anfängen bis heute, Bonn 1989; Arno Klönne/Hartmut Reese: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Hamburg 1984; Hans-Otto Hemmer/Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.): Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990; Klaus Armingeon: Die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften 1950-1985, Frankfurt am Main/New York 1988; Klaus von Beyme: Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern, München-Zürich 1977; Wolfgang Schroeder/Bernhard Weßels (Hrsg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden 2003; Ulrich Borsdorf: Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945, Köln 1982; Karl Lauschke: Hans Böckler. Gewerkschaftlicher Neubeginn 1945-1951, Frankfurt/Main 2005; Gerhard Beier: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung, Köln 1978; Frank Ahland: Ludwig Rosenberg. Der Bürger als Gewerkschafter, Bochum 2002; Jens Becker/Harald Jentsch: Otto Brenner. Eine Biografie, Göttingen 2007; Klaus Kempster: Eugen Loderer und die IG Metall. Biografie eines Gewerkschafters, Filderstadt 2003; Hans-Otto Hemmer/Hartmut Simon (Hrsg.): Auf die Wirkung kommt es an. Gespräche mit Heinz Kluncker, Frankfurt/Main 2000; Wolfgang Streeck/Norbert Kluge (Hrsg.): Mitbestimmung in Deutschland. Tradition und Effizienz, Frankfurt/M. 1999; Gerhard Leminsky: Für ein Management des Wandels. Gewerkschaftliche Politik zwischen Globalisierungsfalle und Sozialstaatsabbau, Berlin 1998; Kurt Hirche: Der Koloss wankt. Die Gewerkschaftsunternehmen zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Düsseldorf-Wien 1984; Rainer Weinert: Das Ende der Gemeinwirtschaft. Gewerkschaften und gemeinwirtschaftliche Unternehmen im Nach-

Konstruktion

Im Rahmen der Gesamtstruktur der (west-)deutschen Gewerkschaftsbewegung war und ist der DGB schwach: Er verfügt nicht über eigene Einnahmen, und er hat so gut wie keine tarifpolitische Kompetenz. Ihm ist insbesondere die politische und mediale Vertretung der Gewerkschaften zugewiesen; er soll gegebenenfalls Streitigkeiten zwischen ihnen schlichten. Der DGB hat seine Aufgaben über die Jahre und Jahrzehnte mehr oder weniger gut und effektiv erfüllt. Dabei ist an der Grundkonstruktion – selbstständige Gewerkschaften und Industriegewerkschaften unterschiedlicher Größe mit eigenen Beitragseinnahmen und ein von ihnen abhängiger Dachverband – so gut wie nichts geändert worden, obwohl deren Elemente sich inzwischen vollständig anders zusammensetzen als im Gründungsjahr 1949. Gab es damals noch 16 große, mittlere und kleine Einzelgewerkschaften, so existieren heute noch acht, von denen die größten drei – IG Metall, ver.di und IG Bergbau, Chemie, Energie – zusammen mehr als 80 Prozent aller Mitglieder organisieren.

Die beiden tragenden Säulen der westdeutschen gewerkschaftlichen Nachkriegsentwicklung, nämlich das Industriegewerkschafts- und das Einheitsgewerkschaftsprinzip, geraten seit der Jahrtausendwende in einen Erosionsprozess: zum einen durch die Fusion von Gewerkschaften zu „Multibranchengewerkschaften“, zum anderen durch tektonische Verschiebungen im Parteiensystem. Für Multibranchengewerkschaften hat das Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ nicht mehr jene eherne Bedeutung wie bisher stets: Bei ihnen wächst vielmehr die Bereitschaft, dringend benötigte neue Mitglieder überall dort abzuholen und zu organisieren, wo sie sich finden lassen. Und die Existenz der „Gewerkschaftspartei“ DIE LINKE verschiebt, auch wenn das Ergebnis noch nicht ganz absehbar ist, die herkömmlichen einheitsgewerkschaftlichen Koordinaten jedenfalls gehörig.

Schon früh und dann immer wieder ist intern über eine Reform des DGB diskutiert worden – über lange Zeit ohne nennenswerte praktische Effekte. Mit einer gewissen Regelmäßigkeit kürzten die Gewerkschaften im Gefolge von „Reformdebatten“ dem Bund das Geld: So wurde schon 1952 der an den DGB zu zahlende Beitragsanteil von 15 auf zwölf Prozent gesenkt; 1967 wurde ihm ein einschneidendes Sparprogramm verordnet („Springener Beschlüsse“); die „Struktur-

kriegsdeutschland, Frankfurt/Main 1994; Hans-Otto Hemmer: Flankierende Maßnahmen. Gewerkschaftliche Ostpolitik zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, in: Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hrsg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995, S.171-187; Ditmar Gatzmaga/Thomas Voß/Klaus Westermann (Hrsg.): Auferstehen aus Ruinen. Arbeitswelt und Gewerkschaften in der früheren DDR, Marburg 1991; Peter Seideneck: Die soziale Einheit gestalten. Über die Schwierigkeiten des Aufbaus gesamtdeutscher Gewerkschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1991, Nr. 53, S.3-11; Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH) 1990, H. 5-6 (Auf dem Weg zur deutschen Einheit), 1993, H. 1 (Herausforderung Ostdeutschland), 1995, H. 9 (Fünf Jahre Wiedervereinigung).

reform des DGB“ von 1989 entsprang der Finanznot nach dem Gemeinwirtschafts-Debakel.²

Die Grundstruktur innerhalb des DGB, wie sie seit 1952 Bestand hatte – von Theo Pirker zutreffend als Kombination aus starken Einzelgewerkschaften und schwachem Bund charakterisiert³ –, bekommt erst seit den Neunzigerjahren ein grundlegend neues Muster.

In einer fulminanten „Fusionswelle“ wurden aus bisher 16 Gewerkschaften acht – darunter mit einer um die Gewerkschaften Holz und Textil erweiterten IG Metall, einer um die IG Bergbau und Energie und die Gewerkschaft Leder zur Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie erweiterten IG Chemie, Papier, Keramik und einer aus der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), aus Postgewerkschaft, IG Medien, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) zusammengesetzten „Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft“ (ver.di) drei beherrschende Multibranchengewerkschaften. Neben ihnen nehmen sich die übrig gebliebenen IG BAU, Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Eisenbahnergewerkschaft Transnet und die Polizeigewerkschaft zwerghaft aus. Diejenigen, die statt solcher Fusionen eine Stärkung des DGB befürworteten, ihn gar zu einer „Mitgliedergewerkschaft“ (Franz Kersjes) umformen wollten, konnten sich kein Gehör verschaffen und sich schon gar nicht durchsetzen, zumal die IG Metall 1995 ihren prinzipiellen Vorbehalt gegenüber Fusionen zunächst gemildert und schließlich aufgegeben hatte, um sich dann selbst dem Fusionsfieber hinzugeben. Der DGB-Vorsitzende und langjährige frühere Vorsitzende der Gewerkschaft Bergbau und Energie Heinz-Werner Meyer wurde von der Initialzündung der Fusionen, dem Zusammengehen „seiner“ Gewerkschaft mit der IG Chemie überrascht. Auch fortan spielte der DGB im gesamten Fusionsprozess keinerlei nennenswerte Rolle. Er wurde vielmehr seinerseits einem anhaltenden Schrumpfungsprozess unterworfen, von dem alle Organisationsebenen – von den Kreisen bis zur Bundesvorstandsverwaltung – betroffen waren und sind.

2001 schlug der Vorsitzende der IG Bergbau, Chemie, Energie Hubertus Schmoldt vor, zukünftig sollten, statt eines eigens gewählten DGB-Vorsitzenden, die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften alternierend den DGB führen. Auch wenn dieser Vorschlag, nicht zuletzt bei der IG Metall, keinen Anklang fand, drängte deren Vorsitzender Berthold Huber 2008 darauf, „das Dach zu reparieren“. Er ließ deutlich durchblicken, dass er für die jährlich 52 Millionen Euro, die die IG Metall an den DGB überweise, eine „höhere Rendite“ erwarte. Am Ende dieses Prozesses steht bisher ein Beschluss, wonach es in allen mehr als 400 Landkreisen und kreisfreien Städten der Republik einen DGB-

2 Siehe dazu den Abschnitt „Gemeinwirtschaft“.

3 Siehe Hans-Peter Müller/Manfred Wilke: Gewerkschaftsfusionen: Der Weg zu modernen Multibranchengewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden 2003, S.122-143, hier S.126.

Vorsitzenden geben soll – allerdings auf ehrenamtlicher Basis. Wie die übrigen Organisationsebenen letztendlich personell ausgestattet werden sollen, wurde einstweilen offengelassen.

Fazit: 40 Jahre lang blieb das 1949 eingerichtete Organisationsgefüge der westdeutschen Gewerkschaften weitgehend unverändert und stabil. Die Notwendigkeit einer Reform des DGB wurde früh erkannt, häufig besprochen und beraten – ohne dass konkret etwas Substantielles geändert worden wäre. Als die Konstruktion seit Beginn der Neunzigerjahre aus finanziellen Gründen zu bröckeln begann, wurde nicht reformiert, sondern fusioniert. Dabei wurden alte Prinzipien schleichend außer Kraft gesetzt, der Charakter des Bundes der Gewerkschaften änderte sich. Der DGB wurde zu einem „Bünde-Bund“ und gleichzeitig zu einer Art Restgröße – eine einigermaßen desolante Figur. Und mit jeder weiteren Fusion, die kommen wird, wird dieses historische Überbleibsel gebrechlicher und überflüssiger werden.

Köpfe

„Die persönliche Zurechnung von Leistungen und Erfolgen gehört, selbst wenn sie vorgenommen werden könnte, nicht zur politischen Kultur der Gewerkschaften“, schreibt Ulrich Borsdorf treffend in seiner Böckler-Biografie.⁴ Überblickt man allerdings 60 Jahre Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, wird man nicht umhinkommen, einige Phasen in dieser Zeitspanne direkt von einer überragenden gewerkschaftlichen Persönlichkeit geprägt zu finden (dasselbe gilt übrigens für die erwähnten 60 Jahre bis 1949, genauer: für die Zeit von 1889 bis 1933, es waren Legien und Leipart). Da auch Borsdorf konzediert, dass die posthume individuelle Würdigung in Gewerkschaftskreisen als akzeptabel gelte, mag eine Periodisierung zumindest der Frühzeit nach Persönlichkeiten gewagt werden. Unbestreitbar und unübersehbar wurde die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung in dem Vierteljahrhundert von 1945 bis 1972 von zwei Männern dominiert und geprägt: Hans Böckler und Otto Brenner.

In der Ära Böckler, von 1949 bis 1952 Gründungsvorsitzender, hatte der DGB, obwohl ihm die Alliierten eine zentralistische Organisationsform, wie sie auch Böckler favorisierte, verweigert hatten, politische Bedeutung und innergewerkschaftliches Durchsetzungsvermögen wie nie mehr danach. Das hing natürlich mit der relativen historischen Offenheit dieser Zeit zusammen und damit, dass die Gewerkschaften ihre tarifpolitische Funktion und Wirkkraft noch nicht (voll) entwickelt hatten. Aber es hatte auch mit der überragenden Autorität Böcklers zu tun, den Freund und Feind uneingeschränkt respektierten. So nannte ihn Konrad Adenauer, der ihn seit den Weimarer Jahren aus gemeinsamer Arbeit in Köln kannte, öffentlich seinen Freund. In der Böckler-Ära war der DGB Entscheidungs- und Kraftzentrum der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung.

Spätestens mit seiner Forderung nach einem gewerkschaftlichen Aktionsprogramm holte Otto Brenner, ab 1956 alleiniger Vorsitzender der IG Metall, dieses

4 Borsdorf, Hans Böckler, S.22.

Zentrum für beinahe zwei Jahrzehnte nach Frankfurt am Main in den Vorstand der IG Metall. Nicht allein kraft ihrer überragenden Größe und finanziellen Stärke, sondern auch wegen einer unerschrockenen, kämpferischen und effektiven Tarifpolitik und mittels einer intellektuell brillanten und wirkungsvollen programmatischen Debatte setzte sich die IG Metall an die Spitze des DGB, als dessen „heimlicher Vorsitzender“ Otto Brenner galt. Das blieb zwar nicht ohne Widerspruch, und im jungen Vorsitzenden der IG Bau, Steine, Erden Georg Leber erwuchs Brenner, gerade auch in Sachen DGB und Programmatik, ein wortgewaltiger Widersacher. Das änderte aber nichts daran, dass Otto Brenner die Zügel im DGB fest in der Hand hielt.

War die Vormachtstellung sowohl von Böckler als auch von Brenner unangefochten und sozusagen strukturell vorgegeben, so fiel die sich anschließende Ära weniger erratisch, aber immer noch eindeutig aus: Geprägt wurde sie von Heinz Kluncker, seit 1964 Vorsitzender der ÖTV. Auch er erstritt beachtliche tarifpolitische Erfolge, war aber auch politisch vorneweg – so bei der Notstandsdebatte und insbesondere auf dem Feld der Ostpolitik. Wenn er innerhalb des DGB nicht das Schwergewicht eines Brenner erreichen konnte, lag das nicht zuletzt an seinem Gegenspieler Heinz Oskar Vetter, DGB-Vorsitzender von 1969 bis 1982, der dem ÖTV-Vorsitzenden gelegentlich Paroli zu bieten wusste.

Nach dem Neue-Heimat-Skandal ist die prägende Kraft einer hervorragenden Persönlichkeit im Rahmen des DGB nicht mehr feststellbar. Der charismatische Vorsitzende der IG Metall Franz Steinkühler, dem die entsprechenden Potenzen zugetraut wurden, trat wegen einer Finanzverfehlung 1993 zurück. Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie, Papier, Keramik, Initiator der ersten großen Fusion innerhalb des DGB und gleichzeitig einflussreicher Parteipolitiker (SPD), konnte trotz beachtlicher Medienpräsenz innerhalb des DGB keine eindeutige Vorrangstellung erreichen. Das gilt auch für die langjährige stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer, die immerhin aufgrund einer fabelhaften sozialpolitischen Sachkompetenz über lange Zeit Repräsentantin des DGB in den Medien war.

Fazit: 30 Jahre lang ist der DGB von drei besonders profilierten Persönlichkeiten geprägt worden, die ihre jeweilige Gestaltungskraft und ihren Einfluss zu nutzen wussten. Das hat ihm, insbesondere programmatisch, durchaus genutzt, trug aber vor allem auch dazu bei, die Position der beiden Einzelgewerkschaftsvorsitzenden in diesem Dreigestirn, Brenner und Kluncker, sowie ihren Ruf zu stärken. Seit dem Neue-Heimat-Skandal gab es keine vergleichbare Konstellation mehr, nicht zuletzt deshalb, weil der DGB im Interessenspektrum der Gewerkschaften und ihrer Vorsitzenden mehr und mehr an den Rand gerät.

Politikfelder

Von den zahlreichen Politikfeldern des DGB können hier nur vier kursorisch in den Blick genommen werden: Mitbestimmung, Gemeinwirtschaft, Ostpolitik und „Wiedervereinigung“.

Mitbestimmung

Man wird die Mitbestimmung als die einzige eigenständige und grundlegende politische Idee bezeichnen dürfen, die die Gewerkschaften nach 1945 theoretisch und praktisch in die politische Debatte und Praxis eingebracht haben. Sie wird aus verschiedenen Quellen gespeist, namentlich aus der katholischen Soziallehre und aus sozialistischen Gedankengängen. In ihr kehren auch Elemente wieder, die bereits für das Konzept der Wirtschaftsdemokratie während der Weimarer Republik kennzeichnend waren.

Trugen die Mitbestimmungsvorstellungen nach 1945 zunächst, durchaus im Konsens mit politischen Parteien unterschiedlicher Couleur, darunter die CDU, erkennbar antikapitalistische Züge, so waren diese schon bei der 1952 äußerst mühsam mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchgesetzten Montanmitbestimmung kaum noch erkennbar. Und es erwies sich sehr bald, dass Mitbestimmung kein Ansatz- oder Ausgangspunkt für eine „Systemänderung“ würde sein können.

Womöglich rührte daher jene charakteristische Halbherzigkeit, mit der die Gewerkschaften fortan ihr Jahrhundertprojekt betrieben. Zwar startete der DGB im Laufe der Jahre immer wieder „Mitbestimmungsinitiativen“, deren intellektuelle wie politische Zündkraft ließ jedoch zu wünschen übrig. Außerdem entwickelte sich eine Art Spannung zwischen der praktizierten institutionellen Mitbestimmung und der Mitbestimmungstheorie, der sich allerdings im weiten Rund von DGB und Einzelgewerkschaften nicht einmal eine Handvoll Menschen widmete. Früh und kraftvoll entlud sich diese Spannung etwa in einem heftigen Streit um das Konzept einer „Mitbestimmung am Arbeitsplatz“, das nach einem unvermeidlichen KO-Sieg für die „Institutionalisten“ für viele Jahre geradezu tabuisiert war. Und die späteren Vorgänge um die Mitbestimmungspraxis im Volkswagenwerk sind ein eindeutiger Beleg für deren mangelnde ethisch-moralische Grundierung, wobei auffällig ist, dass weder dieser Mangel noch die Vorgänge selbst eine notwendige eingehende selbstkritische und reinigende interne Diskussion, zumindest bei den Mitbestimmungspraktikern, ausgelöst haben.

Als Bilanz wird man festhalten, dass der DGB das gewerkschaftliche Zentralthema „Mitbestimmung“ zwar stets im Auge und auf der Tagesordnung hatte, dass auch, zumal während der sozialliberalen und der rot-grünen Koalition, einige gesetzliche und institutionelle Sicherungen und Fortschritte erreicht werden konnten. Es ist aber weder gelungen, eine Version von Mitbestimmung etwa für Klein- und Mittelbetriebe zu entwickeln oder gar zu installieren, noch der Mitbestimmungsidee internationale Strahlkraft zu verleihen.

Gemeinwirtschaft

Die Gemeinwirtschaft ist ein bedeutendes Spezifikum der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Sie ist neben Partei und Gewerkschaften deren drittes Standbein genannt worden. Wichtigste Bestandteile waren Banken und Versicherungen sowie Konsum- und Wohnungsgenossenschaften, die nach dem Zweiten Weltkrieg systematisch in großen zeitgemäßen Organisationsformen

zusammengeschlossen wurden. Sie waren zunächst nicht nur in ihren Tätigkeitsbereichen erfolgreich, sondern auch hilfreich bei der gewerkschaftlichen Vermögensnutzung. Der DGB spielte in der Gemeinwirtschaft eine koordinierende Rolle, der DGB-Vorsitzende leitete durchweg deren Aufsichtsräte.

Spätestens mit Beginn der Achtzigerjahre war erkennbar, dass die sich bereits lange abschwächende Baukonjunktur nicht ohne Auswirkungen auf den gewerkschaftlichen Baukonzern Neue Heimat bleiben würde. Der ökonomische Niedergang wurde allerdings von einem politisch-moralischen Skandal ungeahnten Ausmaßes überlagert, in dem Fehlverhalten bis hin zu mindestens semikriminellen Machenschaften von Vorständen und mangelnde Aufsicht der zuständigen Gremien sich mit ökonomisch-politischen Fehlentscheidungen mischten. Das Ganze zog sich, zusammen mit einem Skandal um die ebenfalls gewerkschaftlich beeinflusste coop-Handelsgruppe, mehr als ein Jahrzehnt hin und endete 1990 mit dem vollständigen Ausverkauf fast aller gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Gewerkschaften und somit mit dem Ende einer grandiosen Idee.

Von allen gewerkschaftlichen Institutionen hat der DGB in diesem Skandalgeschehen den größten Schaden davongetragen, zumal die Einzelgewerkschaften der Versuchung nicht widerstehen konnten, ihn bei Gelegenheit als „Prügelknaben“ vorzuschicken. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit, der bald nach den ersten Berichten über die Vorfälle bei der Neuen Heimat als Nachfolger des darin verstrickten Heinz Oskar Vetter gewählt worden war, konnte zwar durch seine Integrität, Solidität und Seriosität einiges abfedern, nicht aber den moralischen und finanziellen Großschaden und den damit einhergehenden Ansehens- und Vertrauensverlust verhindern.

Auch in diesem Fall wurde eine interne „Aufarbeitung“ nicht geleistet, geschweige denn, dass einer der Verantwortlichen auf geeignete Weise intern zur Rechenschaft und zur Verantwortung gezogen worden wäre. Auch in diesem Fall hatte sich eine Gruppe innerhalb der gewerkschaftlichen Elite verselbstständigt, eigene Verständigungs- und Verkehrsformen herausgebildet und ihr Treiben dem Rest der Organisation weitgehend und der Öffentlichkeit ganz entzogen.

Ostpolitik

Für Gewerkschafter wie Otto Brenner kam eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften sozialistischer Staaten nicht in Betracht – diese hätten mit freien Gewerkschaften nichts gemein. Diese Haltung blieb, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, im Funktionärskorps der westdeutschen Gewerkschaften bis in die Sechzigerjahre maßgeblich. Diese strikte, lebensgeschichtlich oft tief verankerte Position lockerte sich danach merklich, eine Vorreiterrolle kam dabei dem jungen ÖTV-Vorsitzenden Kluncker zu. Nach der Wahl Veters im Mai 1969 setzte sich der DGB an die Spitze der gewerkschaftlichen Ostpolitik, die er eng mit der sozialliberalen Bundesregierung abstimmte (und der er übrigens 1973 die „transnationale Koalition“ mit dem amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL/CIO opferte).

Die beiden folgenden Jahrzehnte bis zur „Wiedervereinigung“ 1989 waren geprägt von zahllosen regelmäßigen Besuchen und Gegenbesuchen des DGB und seiner Gewerkschaften in allen sozialistischen Ländern, einschließlich der DDR. Das diente zweifellos dem Kennenlernen und besseren gegenseitigen Verstehen und unterstützte nicht nur die regierungsamtliche Politik, sondern darüber hinaus auch, wie kritische Beobachter anmerkten, „die politische Anerkennung und Stabilisierung der DDR“.⁵ Die Westpolitik des FDGB umfasste allerdings noch wesentlich mehr als diese offiziellen Kontakte: Dazu gehörte eine intensive Spionagetätigkeit innerhalb des DGB und seiner Gewerkschaften, deren Federführung beim Ministerium für Staatssicherheit lag.

Beides, die Gesprächspolitik zwischen DGB, FDGB und anderen östlichen Gewerkschaften wie die Spionagetätigkeit, ist bisher nicht umfassend untersucht. Dennoch wird man den Schluss ziehen können, dass das eine dazu beigetragen hat, andere Kontakte, etwa zu Oppositionsgruppen, zu unterlassen, und dass das andere ein Vertrauensbruch besonderer Qualität war.

Aber auch hier hatten sich eben Bräuche und Formen eingeschlichen und aufgebaut, in die andere als die Beteiligten nicht hineinschauen konnten und zu denen sie keinen Zugang hatten. Auch in diesem Fall fehlt eine interne „Aufarbeitung“ so gut wie ganz.

„Wiedervereinigung“ – und danach

Auch wenn man die Beziehungen zwischen DGB und FDGB emotionslos in den Rahmen der Entspannungspolitik einordnet („Keine Umarmung von Harry Tisch war degoutanter als die vielen Umarmungen konservativer Staatsmänner, die bei Ceausescu zu Gast waren.“⁶), haftete dem offiziellen Besuch des FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch beim DGB im September 1989 etwas unangenehm Ruchloses an, nutzte er ihn doch zu „Durchhalteparolen“ und schamlosen Beschimpfungen via Fernsehen.

Mangels anderer Alternativen hielt der DGB dennoch bis in das Jahr 1990 hinein am FDGB fest – wohl in der Hoffnung, ihn auf irgendeine Weise „übernehmen“ oder anverwandeln zu können. Nachdem sich das, nicht zuletzt unter rechtlichen und finanziellen Aspekten, als unrealistisch herausstellte, nahmen, in Fortsetzung ihrer Politik in der Bundesrepublik, die Einzelgewerkschaften dem DGB das Heft aus der Hand. Was sich anschloss, war, jedenfalls im Großen und Ganzen, die Übertragung der westlichen Organisationsstrukturen auf den Osten.

Auch diese historische Zäsur wurde mithin nicht für jene grundlegenden „Veränderungen in der Struktur der Gewerkschaften selbst“ genutzt, das „Verhältnis zwischen Bund und Gewerkschaften“ wurde nicht „von Grund auf zur Diskus-

5 Wolfgang Templin: Die Politik des DGB gegenüber SED und FDGB in der Endphase der DDR. Ein Beitrag aus der Sicht der DDR-Opposition, in: GMH 1993, H. 1, S.31-35, hier S.31.

6 Klaus von Beyme: Aspekte der Gewerkschaftsentwicklung in einem geeinten Deutschland – Historische Chancen oder strukturelle Sackgassen?, in: GMH 1990, H. 5-6, S.332-340, hier S.333.

sion“ gestellt, wie es der weitsichtige Burkart Lutz anmahnte.⁷ Der DGB blieb auch für die kommenden 20 Jahre jener schwache Bund, zu dem er geworden war.

Insofern überrascht es nicht, dass DGB und Gewerkschaften in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise – der größten seit dem Ende der Weimarer Republik – nicht mit Gegenkonzepten aufgewartet haben. Hatten die Gewerkschaften am Ende der Zwanziger- und zu Beginn der Dreißigerjahre noch das Modell der Wirtschaftsdemokratie und ein zukunftssträchtiges Arbeitsbeschaffungsprogramm (WTB-Plan) zu bieten, so soll diesmal die „Abwrackprämie“ auf ihre Anregung zurückgehen.

Schluss

Der DGB hat in den 60 Jahren seit 1949 einen langen Weg zurückgelegt: von einer gesellschaftlich-politischen Großmacht zu einem altertümlich anmutenden Restbestand ohne rechte Zweckbestimmung. Man kann das „die Geschichte eines zunehmend mißlingenden Organisationskonzeptes“⁸ nennen, für das die „Nachrangigkeit des DGB gegenüber seinen Mitgliedsgewerkschaften“⁹ Richtschnur war.

Bei genauerem Hinsehen erkennt man, dass auf diesem Weg etliche Gelegenheiten verpasst, manche Chancen versäumt wurden: Wie erwähnt, wurde 1989 und danach die „Wiedervereinigung“ nicht zu einer beherzten großen Gewerkschaftsreform genutzt; auch die Fusionen zogen keine Neujustierung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Dachverband nach sich. Der DGB hat sich weder der Interessen der Gewerkschaftsmitglieder als Verbraucher intensiv angenommen, noch hat er sich den zahlreichen „Senioren“ unter den Gewerkschaftsmitgliedern besonders gewidmet oder eine europäische Option erkennbar kraftvoll vorangetrieben. Bereits 1999 stellte Ulrich Klotz fest: „Um in einem durch neue Technologien neu definierten Spiel noch mit von der Partie zu sein, ist für viele Institutionen unserer Gesellschaft, auch für die Gewerkschaften, ein Wandel ihrer Rolle, ihres Selbstverständnisses, ihrer Organisationsstruktur und Arbeitsweise unumgänglich.“¹⁰ Er empfiehlt den Gewerkschaften, sich ihrer neuen Rolle als Dienstleister bewusst zu werden, interne Kommunikationsbarrieren abzubauen und sich als Dialogplattformen anzubieten. Viel spricht dafür, dass die Gewerkschaften einen solchen oder ähnlichen Weg einschlagen müssen, wenn sie die kommenden 60 Jahre bestehen wollen. Ob der DGB dabei eine Rolle spielen wird, erscheint fraglich.

7 Burkart Lutz: Es bleibt nicht mehr viel Zeit für den Umbau. Deutsch-deutsche Herausforderungen an die Gewerkschaften, in: GMH 1993, H. 1, S.25-30, hier S.29.

8 Eberhard Fehrmann: Death of a clown. Vom langen Sterben der Einheitsgewerkschaft DGB, Supplement der Zeitschrift „Sozialismus“ 2009, H. 6, S.1.

9 Ebenda, S.20.

10 Ulrich Klotz: Die Herausforderungen der Neuen Ökonomie, in: GMH 1999, H. 10, S.590-608, hier S.605.